

Volkswort

für Schlesien · Organ für die werktätigen Arbeiter

Breslauer Blatt
Verabschiedet
Näherer Bericht Lokaler Teil

„Volkswort“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expediton Kurze Straße 4/6, Matthiasstraße 100, Breslau durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,32 Reichsmark, monatlich 1,35 Reichsmark, monatlich 1,35 Reichsmark + 35 Pfennig. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2,26 Reichsmark. Einzelnummer 10 Pf.

Anzeigenpreis: Je Millimeter 20 Pf. Familienanzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen müssen bis vormittags 11 Uhr abgegeben werden. — Fernsprechkonto: Breslau 5852.

Abwärts 17 Pf. Anzeigen unter 1000 Zeichen, Versammlungs- und Wohnungsanzeigen 10 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer unter 1000 Zeichen Kurze Straße 4/6 oder in der Zweigstelle unter 1000 Zeichen Nr. 21737 und 21739, Redaktion Nr. 21738. Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Breslau.

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt. Rückporto beilegt. Einzelnummer 10 Pf.

3. Jahrgang Freitag, den 17. Juni 1932 Nr. 140

Aufhebung des SA-Verbots

Die politische Notverordnung des Reichspräsidenten — Hitlers SA. legalisiert — Die Demonstrations- und Uniformverbote der Länder bleiben bestehen

Die Notverordnungstruppe

Der Reichspräsident und das Kabinett der Barone haben Kernstück des politischen Paktes zwischen Schleicher und Hitler ratifiziert. Die sogenannte politische Notverordnung ist am Donnerstag bekanntgegeben worden; sie tritt am Freitag, dem 17. Juni, in Kraft. Das politische Notgesetz, das durch frühere Notverordnungen geschaffen worden ist, wird durch diese Notverordnung zusammengefasst und im wesentlichen auch weiterhin in Kraft bleiben. Die Notverordnung, die überprüfliche Gestaltung des geltenden Notgesetzes aber sind alles nur Nebenerscheinungen technischer Art. Was aber über früher geäußert worden ist, sind jene Punkte, die auf die Bürgerkriegs-Armee des Herrn Hitler abzielen. Die Kernpunkte dieser Verordnung sind: die Bürgerkriegs-Armee des Herrn Hitler SA. und SS. darf offiziell wieder eingesetzt werden. Sie darf sich uniformiert zeigen, sie darf

Wenn künftig die SA. und die SS. des Herrn Hitler in neuen Uniformen, den Notverordnungszeichen, auf der Straße erscheinen, so werden alle Opfer der Hungerverordnung des Kabinetts der Barone erkennen, wer die Verantwortung für das Hungerdiktat trägt.

Die Bedeutung dieser politischen Notverordnung geht aus der Vorgeschichte hervor. Am Anfang der Entwicklung, die zu dieser Notverordnung geführt hat, stand ein Besuch Hitlers beim Reichspräsidenten. Er war die Einleitung zu jenem Pakt, der zwischen dem jetzigen Reichspräsidenten von Schleicher und Hitler geschlossen worden ist. In diesem Pakt ist Hitler die Befreiung der SA. versprochen worden und Hitler hat in allen folgenden Besprechungen seinem Scheitern bestanden. Es scheint, daß Herr von Schleicher die Entwicklung anders vorgestellt hat und daß ihm die Schwierigkeiten und die Gefahren des Paktes, auf den er sich eingelassen hat, erst später zum Bewußtsein gekommen sind! Als der Pakt bekannt wurde, das SA-Verbot und das Uniformverbot wurden aufgehoben und die SA. marschieren zu lassen, erhob sich ein Sturm der Empörung in allen Kreisen, die den politischen Frieden in Deutschland wollen.

Die süddeutschen Länderregierungen erhoben die schärfsten Vorstellungen gegen diesen Plan und diese Vorstellungen haben geführt, daß das neue Reichskabinett schwankend wurde. An diesem Punkte setzte neuer Druck der Nationalsozialistischen Partei und aller ihrer Organe auf die Regierung Schleicher-Papen ein. Hitler berief sich auf die Zusicherungen, die gegeben worden waren. Die Reichsregierung stand vor der Wahl, entweder vor dem Druck Hitlers zurückzweichen oder die politische Grundtatsache ihrer Existenz völlig zu zerstören. Sie hat den Pakt bekräftigt. Nach einem Besuch Hitlers und Görings bei Herrn von Papen wurde der Beschluß gefaßt, trotz der förmlichen Proteste der süddeutschen Länder das SA- und Uniformverbot aufzuheben. Die Fesselung des Kabinetts von Papen von Schleicher an einen Faden mit Hitler in den letzten Tagen ganz offensichtlich geworden. Die jene Verbände, die mit dem Reichsinnenminister Freiherrn von Papen vor dem Erlaß der politischen Notverordnung verhandelt haben, haben den bestimmten Eindruck gehabt, daß der Reichsinnenminister sich der Gefahren des Experimentes der Ratifizierung der SA. voll Bewußt war, daß er aber in seinen Entschlüssen an politische Vereinbarungen gefesselt war. Dieser Zwiespalt tritt in der Begründung, die die Reichsregierung der politischen Notverordnung auf den Weg gibt, in dem Warnungsschreiben Hindenburgs am Freitag zum Ausdruck. In der Begründung heißt es: „Die Reichsregierung hat sich zu seiner Aufhebung nicht entschlossen. Sie erwartet, daß gerade die Aufhebung der Uniform die Führer in die Lage versetzen wird, unbedingte Disziplin unter den Mitgliedern der Verbände zu erzwingen. Sollte sie sich hierin gescheitert haben

und die Wiederaufassung der sogenannten Parteiuniformen zusammenstöße zwischen den Anhängern der gegnerischen Verbände zur Folge haben, so würde sie genötigt sein, mit scharfen Bestimmungen, zu denen ihr das oben erwähnte Ausschreibungsrecht die Handhabe bietet, gegen die schuldigen Verbände einzuschreiten.“

Schleicher und unlogischer ist noch niemals eine derartige gefährliche Maßnahme begründet worden!

Ein Blick auf die letzten Vorgänge in Hessen genügt, um zu zeigen, wie fehlerhaft die Voraussetzungen sind, von denen diese Begründung ausgeht. Dort hat eine Verletzung des Demonstrationsverbots dazu geführt, daß der Terror der hitlerischen Bürgerkriegsverbände gegen politische Andersdenkende in jährlöcherlicher, brutaler und blutiger Form offen wieder ausgedehnt ist!

Die Begründung der Reichsregierung wie das Warnungsschreiben Hindenburgs lassen erkennen, daß man sich dort der Gefahr des Experimentes dieses Paktes mit Hitler voll bewußt ist. Mühte ein Experiment angestellt werden, das so überaus gefährlich ausfallen kann? Unter der Regierung Brüning ist es möglich gewesen, ohne den Belagerungszustand durchzukommen. Aus dem Schreiben des Reichspräsidenten ist ersichtlich, daß für den Fall, daß das Experiment fehlschlägt, der Belagerungszustand ernsthaft in Aussicht genommen wird. Wenn er nötig wird, so wird er die Folge des Experimentes sein, und die Verantwortung dafür trägt in vollem Umfange das Kabinett Schleicher-Papen!

Die Aufhebung des SA-Verbots bedeutet eine ernsthafte Bedrohung der republikanischen Bevölkerung. Sie muß dieser Bedrohung entschlossen ins Auge sehen. Sie wird sich nicht terrorisieren lassen!

Hindenburg warnt
Der Reichspräsident hat an den Reichsminister des Innern Freiherrn von Gayl folgendes Schreiben gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Reichsminister! Anbei übersende ich Ihnen die von mir vorgelegene Verordnung gegen politische Ausschreitungen zur Veröffentlichung. Ich habe die mir von der Reichsregierung vorgeschlagenen weitgehenden Mitteilungen der bisherigen Vorschriften in dem Vertrauen darauf vorgenommen, daß der politische Meinungskampf in Deutschland sich künftig in ruhigeren Formen abspielen wird, und daß Gewalttätigkeiten unterbleiben. Sollte sich diese Erwartung nicht erfüllen, so bin ich entschlossen, mit allen mir verfassungsmäßig zustehenden Mitteln gegen Ausschreitungen jeder Art vorzugehen. Ich ermächtige Sie, diese meine Willensmeinung bekanntzugeben. Mit freundlichen Grüßen bin ich Ihr ergebener
gez. von Hindenburg.“

Auch die Reichspresse bedenklich
Mit der Aufhebung des Verbots der SA. durch die neue Notverordnung des Reichspräsidenten ist die „Kölnische Zeitung“ sehr zufrieden. Aber die Regelung des Uniform-

verbots findet nicht ihren Beifall. Durch die Parteiuniform seien die politischen Gegner schon von weitem als solche kenntlich und Elemente, die zur Herausforderung Andersdenkender neigten, würden Provokationen um so leichter durchführen können, sobald sie Gelegenheit bekämen, in geschlossenen Zügen und einheitlicher Uniform sich an den Gegner heranzumachen. Die Erleichterung, die die Notverordnung hier schafft, erzeuge unter diesen Umständen recht bedenklich und die bevorstehenden Reichstagswahlen seien nicht gerade geeignet, solche Bedenken zu zerstören, weil erfahrungsgemäß in Wahlzeiten die Erregung unter der Bevölkerung ganz besonders kritische Formen annehme. Was solle überdies geschehen, wenn einzelne Länder die Uniformverbote auf Grund ihrer Landesrechte für ihren Landesteil erneut verhängen? Die Zustände seien höchst bedauerlich. Es wäre besser gewesen, die Reichsregierung hätte das Uniformverbot bestehen lassen. So entfalle ein großer Teil von Verantwortung auf die Länder und in dieser Beziehung der Zuständigkeit sei die Möglichkeit zu allerhand Koalitionen und einer bedenklichen Rechtsungleichheit in Deutschland vergrößert worden.

Preußens Demonstrationsverbot bleibt unberührt

ebenso das bayrische und badische

Baden hat neues Uniformverbot erlassen
Wie vom Reichsinnenministerium mitgeteilt wird, wird das preußische Demonstrationsverbot durch die neue Notverordnung gegen politische Ausschreitungen nicht berührt, da das Demonstrationsverbot in Preußen auf Grund einer Vorschrift der Reichsverfassung erlassen worden ist.

Die bayrische Regierung teilt amtlich mit: Das am 10. Juli 1931 erlassene und durch Anordnung vom 30. März 1932 bis 30. September 1932 verlängerte Verbot von politischen Versammlungen unter freiem Himmel in Bayern einschließlich der Aufzüge und Propagandasfahrten, gleichviel ob uniformiert oder nicht uniformiert, bleibt durch die Notverordnung des Reichspräsidenten unberührt. Politische Versammlungen unter freiem Himmel und politische Aufzüge jeder Art sind also nach wie vor im Gebiet des Freistaates Bayern verboten. Nach der neuen Notverordnung werden nunmehr alle Zuwiderhandlungen gegen die auf Artikel 123, Absatz 2, der Reichsverfassung gestützten Anordnungen dieser Art und damit auch Zuwiderhandlungen gegen das bayrische Aufzugsverbot mit Gefängnis bestraft. Ueber das Tragen von Uniformen bei bestimmten Anlässen werden für Bayern noch besondere polizeiliche Vorschriften ergehen.

Wie aus Baden amtlich mitgeteilt wird, hat der Minister des Innern mit Rücksicht auf die in Baden gegebenen Verhältnisse entsprechend einer früheren badischen Regelung ein allgemeines Uniformverbot ausgesprochen. Auch das in Baden bestehende Demonstrationsverbot bleibt durch die Notverordnung unberührt. Das Verbot von Geländeübungen ist bis auf weiteres verlängert worden.

Worum es jetzt geht

Rundgebung des SA. zur Lage

Beirat und Vorstand des Zentralverbandes der Angestellten kamen in einer Besprechung der durch das Kabinett Schleicher-Papen geschaffenen neuen Situation zu folgender Stellungnahme:

Mit Hilfe einer verächtlichsten Militärdiktatur soll das kapitalistische System gerettet werden. Sie ist der Schrittmacher des offenen Faschismus, der die kapitalistische Ordnung in einen faschistischen Zwangsstaat umzuwandeln will. Die Einstellung dazu ist die neue Notverordnung. Das Kabinett der Barone hat nicht nur die von Brüning geplante Notverordnung in vollem Umfang übernommen, es hat, obwohl es mit Notverordnungen gar nicht regieren sollte, diese Notverordnungen noch wesent-

lich schlimmer gehalten. In dieser Schicksalsstunde gilt es, alle Kräfte zu sammeln zu gemeinsamer Aktion. Arbeitsbeschaffung und Wiederherstellung einer ausreichenden Arbeitslosenhilfe, Erhaltung und Ausbau der Sozialversicherung, Bekämpfung der Arbeitszeit auf 36 Stunden in der Woche bei vollem Lohnausgleich, Erhöhung der Kaufkraft durch energische Preislenkung, Enttarnung der Kapitalisten, das allein kann Deutschland vor dem Untergang retten. Die Arbeiterklasse hat nun auch die Wahl, in faschistische Sklaverei zu verfallen oder den Faschismus zu vernichten. Am 31. Juli gilt es, entschlossenen Willens für ein sozialistisches Deutschland zu kämpfen!

Sonnabend-Anzeigen

Vorband der Nahrungsmittel- u. Getreidearbeiter Ortsgruppe Breslau
Am 15. Juni 1932 verstarb unser langjähriges Mitglied, der Brauerei-Tischler
August Volkmer
im Alter von 50 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Ortsgruppe Breslau.
Beerdigung: Sonnabend, 18. Juni, nachm. 4.30 Uhr, vom Dorotheen-Friedhof, Steinstraße.
Frauerhaus: Goldeneradegasse 27.

Am 15. Juni 1932, nachm. 1 Uhr, verschied nach kurzer Krankheit unser Kollege, der Tischler
August Volkmer
im Alter von 50 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Kollegen der Freiwillig. Bestattungsbeihilfe Schulhofs-Paizenhofer-Brauerei, Abt. 7, Breslau
Beerdigung: Sonnabend, nachm. 4.30 Uhr, von der Halle des St. Dorotheen-Friedhofes, Steinstraße.

Zentralverband der Arbeitslosen und Witwen Deutschlands
Am 15. Juni verstarb nach kurzer, schwerer Krankheit, 1/2 Jahr nach dem Ableben ihres Ehegatten, unser wertiges Mitglied
Frau Anna Gojowczik, geb. Schwieder
im Alter von 70 Jahren.
Wir werden ihr Andenken stets in Ehren halten
Die Mitglieder des Gaues Schlesien
Beerdigung: Sonnabend, 15 Uhr, von der Einsegnungshalle des Elisabethinen-Krankenhauses, nach dem Friedhof in Gräbschen. 1879

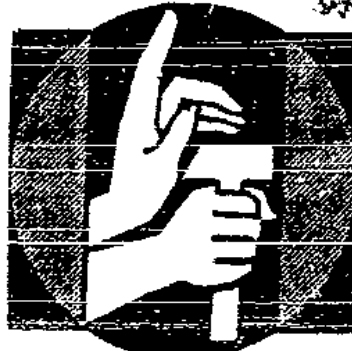
Am 12. Juni starb nach kurzer schwerer Krankheit die Ehefrau unseres langjährigen Mitgliedes Max Reichelt
Frau Berta Reichelt
geb. Hentschel
im Alter von 58 Jahren.
Ihr Andenken werden in Ehren halten
Die Mitglieder der Begräbniszusammenschluss Arbeiterkreise
Beerdigung heute nachmittags 5 Uhr im Krematorium in Gräbschen. 1877

GEBURTS-VERLOBLINGS- HOCHZEITS- TODES-
ANZEIGEN
Liefert schnell die
Volkswacht-Buchdruckerei
Flurstraße 16.

Promenaden
Theater
Kino Variete

Anfang 5 Uhr! Ab 7.20 Uhr! Letzte Vorstellung, 8.45 Uhr!
Garten-Tonfilm-Variete
Groll Barndt, Lucia Englich, Trude Dörflinger, Werner Paatzer
Das Rheinlandmädchen
Die lustige Tonfilm-Operette.
2. Schlager:
Achtung! Doppelgänger
mit Richard Talmadge.
Auf der Bühne:
Max Marcell, der populäre Komiker / Lucia und Dale, die Virtuosen der Hawaii-Instrumente.
Sonntag 3 Uhr: Jugendvorstellung mit Bühnenschau
Sonntag 4 Uhr: **Volks-Variete** nur bei schönem Wetter.

DER AUFSTIEG DER VOLKSFÜRSORGE



Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsgesellschaft, Hamburg

SOLLTE AUCH FÜR SIE EIN ZEICHEN DER

LEISTUNGSFÄHIGKEIT UND DER GEBOTENEN SICHERHEIT SEIN

GEGENWÄRTIG SIND BEI IHR VERSICHERT:

2 265 000

WERKTÄTIGE MIT

850 MILLIONEN RM. Versicherungssumme

Auskunft erteilt die Rechnungsstelle
Breslau, Margaretenstraße 17 I.
Ruf 502 81, Zimmer 29 - 33

STADTTHEATER

Freitag, 20 bis 23
Die Zauberflöte
Sonnabend, 20 bis 22.30
Abonnements-Vorstellung G 18
Ziefland
Sonntag, 20 bis gegen 22.30
Gallspiel Herta Holdersbach
Die Bohème

Trad- nur
Blücher-
platz 20, I.
Ede Ring, früher Karstr. 1.
Leihweise

Speisezimmer
Tische mit Aufh., vollst.
komplett, 485 RM.
E. Brandt & Co.,
Gartenstraße 65, I.
(neben Capitol).

Urania

12 Monatshefte
und 4 Bücher
Des Doctores Rasmus
In nicht nur in Deutschland
I. Teil 2, II. Teil 2, III. Teil 2
Berichte
Elegante Küche
mit Auswärtigen,
6teilig, 185.- RM.
E. Brandt & Co.,
Gartenstraße 65, I.
(neben Capitol).

Kleine Anzeigen
sind in der
Volkswacht
billig
u. erfolgreich

ASTORIA-PALAST
Fürstenstraße 32

Die lustigen Stelen
Ralph Arthur Roberts,
Lucia Englich, Max
Adalbert, Henry Bender
Max Schipper, Joh.
Riemann, Maria Etsner
in:
So'n Windhund

Die tollste
aller Tonfilmposen

Das neueste Abenteuer des
beliebten Sasal-Darstellers
Richard Talmadge
**Der Überfall auf
die Mexikopost**
(Kriminalroman)

Faborinis
lustige Zauber-Revue

W4 1/2, So, 3. letzte Vorst. 8 1/2

WELTBÜHNE
Friedr.-Wilh.-Str. 35

Der abendfüllende deutsche
Riesen-Tonfilm
Spielplaner 1 1/2 Stunden!

**Der Hauptmann
von Köpenick**

Der genialste Gausen-
streich der Weltgeschichte
in der glänzenden Ver-
filmung von Carl Zuckmayer
42 prominente deutsche Darsteller
Zwei lustige Ton-Größen:

I. Ein Besuch im
Narzer Ein toller
Studentenulk
II. Die kleine
Micky-Maus
als Sonntagsjäger

Annie Trautner
Eine Komikantin von Formel.

W5, So 3, letzte Vorst. 8 1/2

ATLANTIK
Gräbschener Straße 74 Tel. 585 08

Das Programm von Formel!
Willy Fritsch in der reizenden Tonfilm-Komödie
Der Frechdachs
mit **Camilla Horn, Ralph Arthur Roberts**
Ein Film voller Liebreiz und Keßheit,
voller charmanter Frechheit und Lachaberei
Dazu:
Der Liebesexpress
(Der Herr Privatsekretär)
mit **Georg Alexander, Dina Gralla**
8 Tage Glück - 8 Tage Venedig - 6 Tage Sonne
Ufa-Tenwoche
Anfangszeit: 5.00, 6.20, 9.00 Uhr 1891

Alles was Sie brauchen an
Schulbedarfsartikeln, Lehrmitteln usw.
kaufen Sie am besten bei
Walter Neuser, Neumarkt 21

Preis-Revolution!
auch in der Konfektion!

Unsere Schneiderinnen haben uns wieder tausende bildschöne
Wuschkleider
geliefert. Durch günstige Stoffeinkäufe können wir diese schönen,
modernen u. flott verarbeiteten Kleider zu Preisen verkaufen,
die kaum denkbar sind!
Deshalb: Nicht lange warten, ansehen, prüfen und kaufen!



Dam.-Wuschmusseline-Kleid
bedruckt, Musseline mit Glockenärmel
durchweg Stück **2.85**



Damenkleid
entzückt, bedruckt, Musseline, mit kunstvollere Charmeusebluse
plissiert. Stück **3.95**



Großartiges, modernes Frauenkleid
In Wuschmusseline bis zu den größten Weiten. Stück **5.50**



Haus- und Gartenkleid
indianthrentarbig b. Gr. 48, durchw. Stück **1.45**



Frauenkleid
Wuschmusseline mit eleg. Kragengarn., pa. Qualität, schön, Must., bis Gr. 52. Stück **6.50**



Fisches Frauenkleid
prima Wuschmusseline bis Größe 52. Stück **4.50**

Weitere Gelegenheitsposten
Damen- u. Frauen-Hüte
Einige hundert **Damen- u. Kinder-imit. Panamahüte** mittelgroße u. gr. Form, weiß u. hell, bes. geeignet als Garten- und Strandhüte, St. **35**
Reizend garn., moderne **Damen-Hüte und Kappen** farb. schöne Geflechte z. Ausschauen! Stück **1.45** **95**
Ganz besonders schöne **Damen- und Frauen-Hüte** a. weich., mod. Geflecht, neueste Formen, hübsch garniert, mod. Farben, Stück **2.45**

Reisige Preisschlager Kinderbekleidung

Kleinkind-Kleidchen 45
prakt. Wuschst. St. 1.25, 95
Schulkleider a. Beiderwand 1.45
Steig. 20 Pf. mehr, für 5 J., St.
Schulkleider bedruckt, Zwirnstoff 2.55
Steig. 30 Pf. mehr, für 5 J., St.
Anknöpfanzüge 1.95
schwere Wuschst., 1. 1 J. St.

Knaben-Wanderhosen 1.10
je nach Gr. u. Qual., Paar von
Sepphosen für kleine Knaben, je nach Gr. u. Qual., Paar von 1.25
Knaben-Wuschblusen 68
für 2-8 J., St. 1.25, 95
Knaben-Schulanzüge 1.95
für 3-6 J., St. 3.50, 2.45

Genossen deckt Euren Bedarf bei unseren Inserenten!

Zentral
Bis Donnerstag, den 23. Juni
Erstausführung für Breslau!
Franz Baumann
in seinem ersten Tonfilm
Student sein, wenn die Velleken blühen ...
mit Fred Louis Larch - Anita Dorris
und Edith Schöffner
Ein Film von Jugendlust und Uebermut, von Liebe
und von Rebenblut
Ferner eine Tonfilm-Schöpfung aus dem Märchen-
land der Alpenwelt
Eindrucksvoll - Ueberraschend! - Grandios!
Der bebende Berg
mit Hansi Beck - Gada - Hilda Reuch
Hanna Waag - Albert Kersten
Ein prachtvoll u. ungewöhnl. Tonfilm-Kunstwerk!
Ufa-Wochenschau! Volles Orchester!
Beginn 12.45 - Letzte Vorstellung 8.45 Uhr.

Unerwünschte Eriedigung des Etats

In der gestrigen Sitzung des Stadtparlaments

Änderung der Geschäftsordnung beschlossen — Brodde hält nun sein Maul — Bürgerlicher Antrag auf Verzicht der Einzelberatungen des Etats — Sozialdemokratie fordert Vorlegung eines neuen Haushaltsplanes — Eine Stunde überflüssige Abstimmungen — Der Etat dann mit den bürgerlichen Stimmen gegen die Linke angenommen — Noch eine Sitzung vor den Ferien

Kapediten und Sapler haben es erreicht! Die Geschäftsordnung ist verschärft, und ein Etat, der diesen Namen nicht verdient, ist unverändert angenommen worden. Seit langem kümmert im Wahl- und Verfassungsausschuss ein Antrag auf Verschärfung der Geschäftsordnung, aber es kam nicht zur Verabschiedung, da sich die gelegentlichen Ausschreitungen der Kapediten und Sapler in gewissen Grenzen hielten. Das wurde anders, als Herr Werner Brodde in das Haus einzog. Als Kämpfer gegen das Privateigentum hatte er sich durch Einbruchsdiebstahl, Fahrraddiebstahl und Erpressung hervorgetan, und auch seine parlamentarische Laufbahn hatte er sich im Privatleben bereits geschnitten. Er ist wegen Hausfriedensbruch, decimal und wegen Widerstand viermal verurteilt, womit allerdings die Anzahl seiner Strafen noch lange nicht vollständig angegeben ist. Herr Brodde, ein Tunichtgut von Tugend auf, glaubte im ersten Kaskamenton alle ehrlichen Menschen, vor allem aber die führenden Sozialdemokraten beschimpfen zu können. Gegenüber einem solchen Menschen reichte die bestehende Geschäftsordnung allerdings nicht mehr aus. Dazu hatten unsere Genossen nach die Wahrnehmung gemacht, daß Kapediten und Sapler regelmäßig ihre schlimmsten Szenen aufzuführen zu können glaubten, wenn der Sozialdemokrat Bandmann den Vorhöl führte, während sie vor dem deutschnationalen Dr. Friedrich wie Lämmer kuckten. Wenn nun die Geschäftsordnung nicht noch härter ausgefallen ist, dann haben es die Verächter parlamentarischer Sitten wieder nur den Sozialdemokraten zu verdanken. Die Geschäftsordnung sieht vor, daß nach zweimaligem Ordnungsruf der Vorsteher das Haus befragen kann, ob der betreffende Abgeordnete das Wort noch weiter erhalten darf. Nach einem dritten Ordnungsruf kann der Vorsteher das Haus befragen, ob der Stadtverordnete von der Sitzung auszuschließen ist. Wird er durch Beschluß der Versammlung von der Sitzung ausgeschlossen, so geht er nicht freiwillig, dann erfolgt die zwangsweise Entlassung, und der Stadtverordnete kann zugleich auch von der nächsten Sitzung ausgeschlossen werden. Der ursprüngliche Antrag der bürgerlichen Parteien war wesentlich härter; man wollte sogar zum Ausschluß für die ganze Dauer der Wahlperiode gehen.

Bei der Beratung redete Castein von einem Hausrechtsparagrafen, vor dem schon ein königlich preussischer Kommentar der Vormärzzeit gewarnt habe. Der Deutschnationale Fiehn habe dafür Herrn Castein als Kronjuristen und irgend ein Jurist habe daraus einen Kohnjuristen. Adelt von der Kapedit sagte, die Mameludenversammlung wolle die Klaffen sprache der Arbeiter (h) a h würgen, wobei ihn der Vorsteher nun darauf aufmerksam machte, daß auch er zu der Versammlung gehöre. Genau so benahm sich Guhr, der zugleich für die Befreiung der politischen Mörder und Verbrecher aus dem Gefängnis eintrat. Ins Gefängnis gehörten nur Verbrecher der Arbeiterschaft, wie unser Genosse Bland. Dieser hat den Vorsteher durch Zuruf, Herrn Guhr dafür nicht zur Ordnung rufen. Ein Schlufantrag machte diesem Theater ein Ende. Die Verschärfung der Geschäftsordnung wurde in der von den Sozialdemokraten vorgeschlagenen mildesten Form beschlossen. Dann wurden die Verhandlungen auf zehn Minuten ausgesetzt, so zu einer kurzen Magistratsitzung genügt, mit der der verabschiedeten Geschäftsordnung zugestimmt wurde.

Dann ging es an den Etat. Kapediten und Sapler stellten sich an die hundert oder hundertfünfzig Anträge, brauchbare und nicht brauchbare, lediglich zum Zwecke der Verwirrung. Unser Genosse Tilsch beantragte, den Etat dem Magistrat zur erneuten Beratung zurückzugeben, denn durch die Verabschiedung der Nazibarone seien fast alle Ziffern des vorliegenden Etats gegenstandslos geworden. Der Antrag wurde namentlich mit vier Stimmen Mehrheit der Bürgerlichen abgelehnt. Damit war zugleich das Feld sondiert. Die Bürgerlichen hatten in jedem Falle mindestens vier Stimmen Mehrheit. Also beteiligten sich unsere Genossen überhaupt an keiner Abstimmung über die gestellten Anträge. Kommunisten und Sapler dafür, die Bürgerlichen dagegen, so ging es stundenlang. Ein wahres Zerrbild des Parlamentarismus umhüllte sich. Bei der Gesamtstimmung stimmten unsere Genossen mit gegen den Etat, der aber mit den vor-

handenen vier Stimmen Mehrheit der Bürgerlichen angenommen wurde.

Schuld an diesem unmwürdigen Verlauf einer Etatberatung sind Sapler und Kommunazi zu gleichen Teilen. Sie haben durch ihr Treiben verschuldet, daß der Etatausschuss seine Arbeiten einstellen, da sie infolge der fortgesetzten Sabotage der drei Parteien zwecklos waren. Wie aber alle Einzelheiten des Etats im Plenum geregelt werden sollen, ohne daß man monatlang darüber sitzt, das weiß niemand. Was die bürgerlichen Parteien getan haben, war ein Gewaltstück. Sie haben einfach unbeschwerd alles niedergestimmt. Aber Anlaß dazu haben Sapler und Kommunazi gegeben. Sie sind schuld, daß nicht mancher brauchbare Antrag im Ausschuss gestützt und dann vom Plenum angenommen wurde. Oft ist so etwas möglich gewesen, wenn sich ein paar bürgerliche Stimmen zur Linken schloßen. Das Treiben der Brodde und Castein hat dazu geführt, daß alle ihre Reden und Anträge nicht mehr ernst genommen werden. Die „Eiserne Front“ muß bei den kommenden Wahlen sehr energisch mit den Zerstückelern der Arbeiterschaft und den Zerstörern an den Arbeiterinteressen aufräumen!

Die Sitzung, die vom Vorsteher Dr. Friedrich eröffnet wurde, begann mit der Beratung der vom Vorstand beantragten

Geschäftsordnungsänderung

Als Berichterstatter begründete Stadtv. Bandmann (Soz.) die vorgesehene Änderung des § 46, der dahin gehend abgeändert werden soll, daß nach dreimaligem Ordnungsruf ein Mitglied der Versammlung durch einen Beschluß der Stadtverordneten von der weiteren Sitzung ausgeschlossen, bei Weigerung, den Saal zu verlassen, aber auch gewaltsam entfernt werden kann. Nach der Ausweisung mit Gewalt aus den Räumen des Stadtparlaments entfernt werden, dann schließt er sich automatisch auch für die folgende Sitzung aus.

Stadtv. Bandmann wies noch darauf hin, daß die anfänglich in Aussicht genommene Fassung nach einer Fühlungnahme mit den Fraktionsführern abgemacht worden ist, weil man glaubt, mit der vorgeschlagenen Änderung auszukommen. Es handelt sich dabei nicht um einen einzig dastehenden Vorgang, denn in den Geschäftsordnungen der meisten Parlamente sind ent-

Weiterberatung des Haushaltsplanes

Die Versammlung setzte nach diesem Vorspiel die Beratung des Antrages fort, bei dessen Besprechung die letzte Sitzung aufgeschoben war. Zu diesem Dringlichkeitsantrage der Bürgerlichen, nach dem auf Beratung der Einzelhaushaltspläne verzichtet und über den Gesamtetat abgestimmt werden soll, sprach zunächst Stadtv. Wolf (Staatsp.), der sich für Annahme dieses Antrages einsetzte. Nazi-Kurzer meinte, den Schwinkel nicht mitzumachen, weil der Etat ein Ausdruck der marxistischen-bürgerlichen Koalition sei.

Nachdem weitere fünf Redner gegen den Antrag gesprochen hatten, begründete Stadtv. Tilsch (Soz.) einen Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion, der die Stadtverordnetenversammlung ersuchte,

den Etat an den Magistrat zurückzuverweisen, da alle Haushaltsplananfänge durch die neue Notverordnung der Regierung von Papen überholt seien und der Magistrat verpflichtet werden müsse, den Haushaltsplan entsprechend den Bestimmungen der Notverordnung zu ändern und neu vorzulegen.

Bei der Begründung wies der Sprecher der Sozialdemokratie darauf hin, daß während der Zeit, in der über den bürgerlichen Dringlichkeitsantrag beraten werde, sicher schon eine Reihe von Einzelhaushaltsplänen hätte erledigt werden können. Die Notverordnung der Barone hat aber den ganzen Vorschlag schon derart über den Haufen geworfen, daß man die darin enthaltenen Zahlen nicht mehr aufrecht erhalten kann.

Zu dem Thema Dringlichkeitsantrag sprachen dann noch eine

Schöne weiße Zähne

Schon nach einmalig. Nutzen mit der herrl. erfrisch. kühnenden „Chlorodont-Zahnpaste“. Schreibt uns ein Rauscher. Tube 50 Pf. und 80 Pf.

sprechende Maßnahmen vorgesehen, auf die glücklicherweise in Breslau bisher verzichtet werden konnte. Das Parlament muß sich allerdings auch in Breslau dagegen zur Wehr setzen, von einem einzigen Menschen schuldig gemacht werden zu können.

Der SAP-Redner wandte sich gegen den „Hausrechtsparagrafen“ und erging sich in juristischen Formeln über die Folgen, die sich durch eine Änderung im vorgeschlagenen Sinne ergeben könnten. Der kommunistische Redner bezeichnete unter dem Widerspruch der Versammlung die Änderung als eine Maßnahme gegen die gesamte kommunistische Fraktion, weil sie die Klaffen sprache spreche. (Zuruf: „Es ist ja gegangen, solange Brodde nicht da war!“) Am Rande bemerkte der Redner selbstverständlich, daß die Sozialdemokraten die „Einseitigkeit“ wärent und das Haus eine Mameluden-Versammlung sei.

Die Rolle des still auf seinem Platz sitzenden Brodde übernahm anschließend sein Parteifreund Guhr, der davon jankte, daß die Sozialfaschisten schlimmer seien, wie die Nationalfaschisten. Die Redemegung von den Mameluden gefiel ihm derart, daß er sie viele Male wiederholte.

Als er auf die Aufhebung des SA-Verbotes zu sprechen kam und ihm Stadtv. Bland (Soz.) zurief: „Und ihr helft dabei, diese Verbrecher aus den Gefängnissen zu holen!“, wußte Guhr keine andere Antwort, als den Wunsch zu äußern, daß Verbrecher, die Bland heißen, bald ins Gefängnis kommen mögen.

Im Schlußwort vermahnte sich der sozialdemokratische Berichterstatter dagegen, daß das Auftreten, Schimpfen und Beleidigen einzelner Kommunisten die Sprache der Arbeiterschaft darstelle. Es sei auch durchaus mit den Pflichten eines Sozialdemokraten vereinbar, eine solche Verlage zu vertreten, so behauerlich es an sich sei, die Geschäftsordnung in dieser Richtung hin ändern zu müssen. Im übrigen seien für den Fall der Anwendung der neuen Bestimmung auch Rechtswege offen und vor allen Dingen hat jeder Vertreter der Breslauer Bürgerchaft durchaus die Möglichkeit, seine Aufstellungen zu vertreten ohne dabei mit der neuen Bestimmung in Konflikt zu geraten.

Da namentliche Abstimmungen nur vorgenommen werden, wenn der entsprechende Antrag von 24 Stadtverordneten unterstützt wird, den Kommunisten aber nur die SAP beipflichtete, wurde die Änderung der Geschäftsordnung in einfacher Abstimmung gegen SAP und KPD beschlossen. Der Vorsteher schloß hierauf die Sitzung und berief zugleich eine neue ein, die zehn Minuten später begann.

Bei der Neueröffnung teilte der Vorsteher mit, daß in der Zwischenzeit der Magistrat seine Zustimmung zur Änderung beschlossen habe und diese damit sofort in Kraft trete. (Hört, hört bei den Kommunisten.)

Anzahl Vertreter der SAP, die aber in Wirklichkeit über Einzelhaushaltspläne debattierten und Änderungsanträge vertraten. Auch der Stadtkämmerer Dr. Friedel griff in die Debatte ein und wandte sich gegen den sozialdemokratischen Antrag. Nur eine schnelle Annahme des Etats liege im Interesse der Arbeiter und Angeestellten der Stadt. Es sei überhaupt nur bei einer baldigen Annahme möglich, die Hoffnung zu haben, daß die Stadt über alle Schwierigkeiten hinwegkommen werde.

Die Debatte über den bürgerlichen Dringlichkeitsantrag ging also weiter, nachdem die Versammlung einen Geschäftsordnungsantrag des Stadtv. Tilsch abgelehnt hatte, mit dem er die sofortige Abstimmung über seinen Antrag verlangt hatte.

Redner der KPD und SAP sprachen weiter zu Änderungsanträgen für einzelne Haushaltspläne und als auch Brodde wieder in die Debatte eingriff, verließ die sozialdemokratische Fraktion wieder geschloßen den Sitzungssaal.

Als der Vorsteher längst einen riesigen Stoß von Änderungsanträgen in den Händen hatte, merkte der Stadtv. Fiehn (Dnat.), daß eigentlich doch zu den Einzelhaushaltsplänen gesprochen worden sei und beantragte Schluß der Debatte.

In namentlicher Abstimmung wurde zunächst der sozialdemokratische Antrag, der Zurückverweisung des Haushaltsplanes an den Magistrat verlangt, mit 45 gegen 38 Stimmen der Linken abgelehnt.

Die sozialdemokratische Fraktion, die schon in der vorigen Sitzung durch ihren Redner erklärt ließ, daß sie gegen den bürgerlichen Antrag sei, hatte im Laufe der gestrigen Sitzung allerdings darauf verzichtet, sich an dem zum allergrößten Teil sinnlosen Gerede zu beteiligen.

Mit 44 gegen 38 Stimmen der Linken wurde sodann der erste Teil des bürgerlichen Dringlichkeitsantrages angenommen und damit beschlossen, die Einzelhaushaltspläne nicht einzeln durchzubearbeiten. Nach dieser Beschlussfassung war der Antrag an sich gegenstandslos geworden, denn man hatte ja inzwischen stundenlang zu dem Thema gesprochen.

Sodann gab es ein Schauspiel, das man ohne Übertreibung als ein Zerrbild des Parlamentarismus bezeichnen kann. Der

tritt 35 Pf.
servierte Plätze 1 Mk. u. 2 Mk.
arten im Verkehrsbüro Barasch und
den sonstigen Verkaufsstellen
Glieder, Reiner u. Erwerbs-
gegen Ausweis 20 Pf.
arten in der Volkswachsbuchhand-
Düffel des Gewerkschaftshauses,
Bibliothek u. Organisationen
erwerbslosen Karten für 10 Pf.
bei den Organisationen

Deutschlands Erwachen!

Prof. Nölting M. d. L.

der bekannte Diskussionspartner des Nazi-Theoretikers Feder
im Rundfunk, spricht am Montag, den 20. Juni, 20 Uhr,
im Zirkus Busch

Johannistfest

(gegenüber der Jahrhunderthalle)

Heute Freitag 6 Uhr:
Vorführung von Polizei-
und Schutzhunden
 des Süddeutschen Boyerklubs
 Lesen Sie die „Johannistfest-Zeitung“ * **Preisanschriften** * 435 **Vergeld- und Wertgewinne**

Morgen Sonnabend 6 Uhr:
Verschiedene Turnerriege
 des Polizeivereins für Leibesübungen E. V.

Eintrittspreise: wochentags 20 Pf., Kinder 10 Pf., Sonn- und Glacé-tage 30 Pf., Kinder 20 Pf., Dauerkarten zu 2.- Mk. und Tageskarten sind bei Barack, Wertheim, Hainauer und Doppe erhältlich.

Arbeitshilfe für erwerbslose Jugendliche

Ein Bundesauschussbeschluss des ADGB.

Der Bundesauschuss des ADGB hat zur Beantwortung der Not der erwerbslosen Jugend einen Beschlüssen Beschluss gefasst. Er nahm einstimmig eine Reihe von Richtlinien über Arbeitshilfe für die erwerbslosen Jugendlichen an. Diese Richtlinien, die der Bundesvorstand ausarbeitet, sollen den Funktionären Arbeitspunkte für ihre Stellungnahme zum freiwilligen Arbeitsdienst geben. Sie behandeln im einzelnen die Frage der Arbeitsvermittlung, der Arbeitsgestaltung, der Arbeitsgebiete und der kollektiven Selbsthilfe.

Die Gewerkschaften — so erläuterte Spliedt in der Bundesauschussbeschluss den Sinn und den Zweck der Richtlinien — halten an ihrer ablehnenden Stellungnahme zur Arbeitsdienstpflicht, wie sie von anderer Seite propagiert wird, unbedingt fest. In der Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes dagegen bringen die Richtlinien keine Beschränkungen, die eine Stellungnahme im Einzelfall ermöglichen. Bei der Arbeitsvermittlung handelt es sich um besondere Maßnahmen insbesondere für die Schulentlassenen, die keine Lehre oder Arbeitsstätte finden können sowie für die beschäftigungslosen Lehrlinge und die arbeitslosen aus- und un- unterrichteten Jugendlichen. Für die erste Gruppe wird ein weiteres freiwilliges Schuljahr angestrebt, das als soziale Fürsorgeaufnahme aufzufassen ist und deswegen nicht mit schülerorientierten Fragen in Verbindung gebracht werden soll. Die Wahl zwischen mehreren Weiterbildungsmöglichkeiten, bei denen in gleicher Weise Einrichtungen der Volkshochschule, der Berufsschule in Frage zu fallen sind, muss den Eltern vorbehalten bleiben. Für die beschäftigungslosen Lehrlinge wird an die Errichtung von Sammelwerkstätten gedacht, wobei in erster Linie die Werkstätten der Berufsberatung zur Verfügung zu stellen sind. In besonderen Fällen sind auch lehrstehende Fabriken, Betriebe, Werkstätten, Bauwerke usw. zu benutzen. Für die arbeitslosen und un- und angeleiteten Jugendlichen soll ein zusätzlicher Berufsunterricht über die durch Ortsjugendverbände festgesetzte Wochenzahl eingeführt werden. Selbstverständlich müsste in diesem Rahmen auch für die Allgemeinbildung und sportliche Betätigung Sorge getragen werden.

Was die Arbeitsgestaltung angeht, so muss bei der Organisation und Durchführung der Arbeitshilfe für die erwerbslose Jugend die Beteiligung der Gewerkschaften sowohl an der zentralen als auch an der lokalen Verwaltung sichergestellt werden. Das die Beschäftigung vorwiegend von erwerbsfähigen und fürsorgelichen Zielen geleitet sein muss, bedarf keiner Begründung. Dementsprechend müssen Arbeitszeit und Arbeitsteilung geregelt werden. Die Arbeiten müssen gemeinnützig und zusätzlich sein.

Die „kollektive Selbsthilfe“ hat den Zweck, Jugendlichen Erwerbslosen in stillgelegten Fabriken und Werkstätten Arbeit zu verschaffen und mit Erzeugnissen dieser Arbeiten Arbeitslose zu versorgen.

Die Arbeitshilfe für die erwerbslosen Jugendlichen — es kam gegenüber kritischen Einwänden gegen den freiwilligen Arbeitsdienst in der Ausdrucksform auf der Bundesauschussbeschluss zum Ausdruck — ist eines der drängendsten Probleme der Zeit. Gegenüber der pessimistischen Beurteilung der Einflussmöglichkeiten der Gewerkschaften betonte Spliedt, dass die Organisationen tatsächlich unzählige Gelegenheiten haben, ihren Einfluss auf eine sinnvolle Gestaltung des freiwilligen Arbeitsdienstes im Geiste der vom Bundesvorstand vorgelegten Richtlinien geltend zu machen.

Metallarbeiterstreik in Berlin beendet

Der Deutsche Metallarbeiterverband hat mit dem Schlichter der Unternehmer und der Zwangsinnung der Schlosser eine Vereinbarung getroffen, wonach der Stundenlohn in der Höhe 1,16 Mark (im Schiedspruch 1,15 Mark) beträgt, mit der Aufgabe, daß für die anderen Gruppen ein Abzug von 5 Prozent der bisherigen prozentualen Staffelung erfolgen soll. Eine Versammlung der Streitenden beschloß am Donnerstag mit Mehrheit, dieser Vereinbarung zuzustimmen. Damit gilt der Streik nach einer Dauer von drei Wochen als beendet. Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes fordert die Mitglieder auf, die Arbeit in den Betrieben am Freitag wieder aufzunehmen.

Ausdehnung der ostoberschlesischen Streikwelle

Teilstreit auf der Bismard- und Galvahütte

Nachdem gestern ein Streik auf der beim Giesche-Hartmann-Konzern gehörigen Uthemann-Zinnhütte in Schoppinisch ausgedehnt war, legten heute 60 Prozent der Belegschaft der Bismardhütte wegen Kündigung der Akkordlöhne durch die Verwaltung die Arbeit nieder. Diese Kündigung ist bereits Ende April rechtskräftig geworden.

Königshütter Waggonfabrik wird endgültig stillgelegt

Königshütte, 15. Juni. Nachdem die Waggonfabrik der Königshütte seit mehreren Monaten nur noch beschränkt gearbeitet hatte und in dieser Zeit nur noch 120 Mann beschäftigen konnte, soll sie infolge Auftragsmangels jetzt gänzlich stillgelegt werden. Dem Rest der Belegschaft ist zum 1. Juli gekündigt worden.

Stilllegung der Zinkergruben in Opperbroselien

Kattowitz. Die Verwaltung der Neuen Hefenengrube in Brzeskowitz sowie die der Zinkergrube haben vor einiger Zeit beim Demobilisationskommissar Anträge auf Stilllegung der Gruben eingereicht. Wenn diesen Anträgen stattgegeben wird, dann sind sämtliche Zinkergruben Opperbroselien außer Betrieb.

Badischer Textilschiedspruch nicht verbindlich

Wie bereits gemeldet, hatte der Schlichter für Baden einen Schiedspruch für die badische Textilindustrie gefällt, der eine Lohnkürzung vorsah. Dieser Schiedspruch wurde von den Unternehmern angenommen und seine Verbindlichkeit beantragt. Die Arbeitnehmergewerkschaften hatten ihn abgelehnt und beantragt, demselben die Verbindlichkeit zu verweigern. Entsprechend dem Antrage der Gewerkschaften ist der Schiedspruch vom Reichsarbeitsminister nicht für verbindlich erklärt worden.

Arbeiter-Sport

Handballvorschau für den 19. Juni

Durch die Straßenläufe finden am kommenden Sonntag nur wenige Handballspiele statt. Silesia-Kickers — Moosbörn, Ostianiplatz, Osener Straße. Moosbörn wird gegen die Vereinigten kaum einen Sieg landen. Deutsch-Lissa I — Stabelwitz I in Lissa. Gegen Stabelwitz hat Lissa wenig Aussichten auf Sieg. 1897 — 6. Abt. Bohewitze. 6. Abt. hat die meisten Aussichten auf Sieg.

Handball-Verhandlungs-Ausschuss. 20. Juni, im Bezirkslokal, 19,30 Uhr: Spielleiter der 7. Abt. und Mannschaftsführer der 1. Mannschaft. Dazu Schiedsrichter Gen. Nagel. 20 Uhr: Schmalitz Richard und Ernst, Wallenburg, Jähle, sowie Rostmann. Alle Genossen von Fichte-Moosbörn. Schiedsrichter Aloje II, Kandler 9. Abt. und Mannschaftsführer von Stabelwitz. 20,30 Uhr: Richard Gaulbe und Vereinsvertreter Nordost. 20,45 Uhr: Mannschaftsführer von 1925 I und 6. Abt. I. Dazu Schiedsrichter Fabian. Pas mitbringen.

Sportleiter-Konkurs für Leichtathletik. Sportleiter der Kartellvereine und Abteilungen der Freien Turnerschaft können noch am dreitägigen Kursus vom 18. bis 20. Juni im Stadion teilnehmen. Beginn: Sonnabend früh 8,30 Uhr.

Umarischtrahen zur Ausstellung zu den Straßenläufen. Stellplätze sowie die angegebenen Straßenzüge müssen dieses Jahr genau eingehalten werden. Sämtliche Mannschaften müssen sich an den ihnen am nächsten gelegenen Stellplatz pünktlich einfinden.

Wetten (Scheidung). Klodnikhalla, Queisstraße — Frankfurt Straße — Striegauer Platz. Umarisch 7,45 Uhr. Leitung: Sportwart 9. Abt. Mit dem übrigen Wetten vom Striegauer

Platz. Umarisch 8 Uhr. Leitung: Sportwart 7. Abt. Aufstellung der Läufer: 1. Teil: Polener Straße bis Ziel. 2. Teil: Berliner Straße — Berliner Platz — Siebenhufener Straße — Holteistraße — Friedrichstraße — Gabitzstraße — Sabowajstraße — An den Leichädern — Brüderstraße — Lauenzienstraße.

Süden. Umarisch 8 Uhr. Leitung: Sportwart 4. Abt. Hochstraße — Grählener Straße bis zur Holteistraße. Von hier Aufstellung der Läufer: 1. Teil: Holteistraße — Friedrichstraße — Gabitzstraße — Sabowajstraße — An den Leichädern — Brüderstraße — Lauenzienstraße. 2. Teil: Holteistraße — Siebenhufener Straße — Berliner Platz — Berliner Straße — Striegauer Platz — Polener Straße.

Osten. Umarisch 7,45 Uhr Osener Straße Halle — Lauenzienstraße bis Brodauener Straße. Hier gemeinsam mit 2. Abt., Ruderer etc. Umarisch von hier. Leitung: Sportwart 2. Abt. Lauenzienstraße — Brüderstraße — An den Leichädern — Sabowajstraße — Gabitzstraße — Friedrichstraße — Holteistraße — Siebenhufener Straße — Berliner Platz — Berliner Straße — Striegauer Platz und Polener Straße.

Norden. Umarisch 8 Uhr. Leitung: Sportwart 5. Abt. Waterlooplatz — Mathiasstraße — Universitätsstraße — Burgstraße — Herrenstraße — Nikolaistraße — Königsplatz — Nikolaistadtgraben — Berliner Platz. Hier Aufstellung der Läufer: 1. Teil: Siebenhufener Straße — Holteistraße — Friedrichstraße — Gabitzstraße — Sabowajstraße — An den Leichädern — Brüderstraße und Lauenzienstraße. 2. Teil: Berliner Platz und Berliner Straße — Striegauer Platz — Polener Straße.

Rüdmarischtrahen.

Süden — Westen — Osten die gleichen, wie Umarischtrahen, aber in umgekehrter Reihenfolge. Bei Osten zweigen die Ruderer Lauenzienstraße — Brüderstraße ab und laufen Brüderstraße — Mauritiusplatz — Weidenbaum. Der Norden Polener Straße — Mensstraße — Fildergasse — Friedrich-Wilhelm-Straße — Königsplatz — Stadigraben — Königsbrücke — An den Kasernen — Wilhelmshütte — Kohlenstraße — Feinrichstraße — Mathiasplatz — Enderstraße — Mathiasstraße — Waterlooplatz.

Die Strecken und Umarischtrahen zum Festzug am 26. Juni werden nächste Woche veröffentlicht. Der Hauptfestzug müsste umgeleitet werden. Folgende Strecke kommt in Betracht: Neumarkt — Breite Straße — Weisingbrücke — Adalbertstraße — Schwendfeldstraße — Jürtenstraße und Brücke — Margenzelle — Stadion.

Gesellschaftsspiele am 17. Juni

18,30: Herrnpotisch III — Sturm III; Herrnpotisch; 1925. 18,00: Herrnpotisch 1. Jgd. — Sturm 1. Jgd., Herrnpotisch; 1925. 18,00: 1930 II — Bif. II; Mariahöfen; WfD.

Am 18. Juni (Sonnabend)

18,00: 1921 II — Sparta II; Kofel; WfD. 17,00: FSB. Schüler — Südost Schüler; Bebespark; Verein.

Wassersport

Freie Schwimmer Breslau. Heute 19,30 Uhr: Probe zum Fadelreigen. — Wer nimmt eine Liegnitzer Genossin zum Mittag? Meldungen heute abend an Hoffmann. Kampfrichterprüfung: Sonntag, 2 Uhr, im Pöfiedonbad. Stoppuhrn mitbringen!

Touristenverein „Die Naturfreunde“

Touristenverein „Die Naturfreunde“. Ortsgruppe Breslau. Wochenprogramm der Jugend: am 18. Juni: kein Tanzkreis. Alles nach Feiertag zur Sonnenwende. 18 Uhr: Wachtplatz, 20 Uhr: „Lichter Keller“ für Radfahrer. Bahnfahrer 20 Uhr in Schmiedefeld. — Mittwoch: Abendwanderung, ab Pappbrücke 20 Uhr, Instrumente mitbringen. — Freitag, 17 Uhr, im Stadion, Feld 5.

Athletik

Freie Sportvereingung 1897. Zur Rast-Stafette: Alle Schülerinnen, sowie Schwärzler und Handballer sind am Sonntag früh um 7,15 Uhr im Vereinsheim bei Klante, Hochstraße. Am Nachmittag ab 16 Uhr, Bohewitze, Handballspiele gegen 6. Abt. II und 6. Abt. III der Freien Turnerschaft Breslau.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Bund Solidarität

Breslau. Aus Anlaß des Auftaktes zum Rast (Zuverlässigkeitsfahrt der Radfahrer und Straßenläufer des Sportartells) besteht für diesen Sonntag vormittag Startrahen. Um 8,30 Uhr erscheint alles an den Leichädern zur Zuverlässigkeitsfahrt in Ostschin. Der Nachmittag bleibt für die Abteilungen frei. Sämtliche Abteilungen müssen ihr Programm für Monat Juli spätestens bis 24. Juni an den Pressewart senden. — Abteilung Odertor: Sonntag Ausfahrt ohne Ziel. Start 13,30 Uhr Weihenburger Platz. — Kindergruppe: Sonntag Ausfahrt nach Widischütz, Start 7 Uhr am Stadion, Friedrich-Ebert-Straße. — Kraftfahrereabteilung: Sonntag Ausfahrt nach dem Oberwald bei Ohlau, Start 13 Uhr, Endstationen Osener Straße. Fahrordnung: in Gruppen, Fahrleiter: Gen. Nikolaus. — Jugendabteilung: 17. Juni, 18,30 Uhr sind alle gemeldeten Flugplatzverteiler im Jugendheim, Friedrich-Wilhelm-Straße 45, zur Stelle.

Sunlight Gutscheine weitersammeln!

Die Sunlight Gutscheine behalten auch nach der gesetzlichen Regelung des Zugabewesens ihren vollen Wert. Also fleißig weitersammeln! Sunlight Gutscheine erhalten Sie bei jedem Einkauf von Sunlight Seife, Lux Seifenfloeken, Sams, Vim und Atlantis Toiletteseife. Die Gutscheine sind auf den Packungen aufgedruckt!

SUNLIGHT
 Gutschein
 BANKUR
 NESSARY
 SUNLIGHT

Herr Frauenfeld, ein Frauenheld

Unmutige Geschichte um einen diskreten Körperteil

In Wien wird das nach reichsdeutschem Muster aufgezogene Salentzertum von einem regstamen Manne namens Frauenfeld geleitet, der seine besondere Eignung für die unbedingte Erneuerung des Deutschtums in Oesterreich durch bewies, daß er dem jüdischen Großkapitalisten Siegal selbstverfaßte Romane widmete und sich neben jüdischer Literatur an einer Zeitschrift mit dem verlockenden Titel "Kolon" betätigte.

Aber Herr Frauenfeld hat sich auch später noch versucht, als schon längst Gausaj der Nazipartei von Wien war. Unser Wiener Wunderblatt veröffentlicht, auf daß verartige Monumental-Werke aufgegebenen Schriftstums nicht vergessen werden, regelmäßig eine Novelle, die Gausaj Frauenfeld nicht jüdischen Großkapitalisten gewidmet, sondern im Vorjahre der Sonntags-Beilage der Wiener "Deutsch-Oesterreichischen Tageszeitung" veröffentlicht hat.

Ellen und die Schlange und ist so aufgemacht, daß es als autobiographische Erinnerung wirkt. Nur heißt der Held nicht Alfred, wie Herr Frauenfeld, sondern Albert. Belagter Albert hat mit einem schönen Mädchen durch die Natur, um die schlanke Gestalt des jungen Mädchens in dem kurzen, weichen Mädchen, das die Formen kaum verläßt, mit trüblichen Blicken zu umfassen.

Das soll der arme Albert aushalten? Nein — er erbeude. Seine Hände bebten nach dem schmerzlichen, schmerzlichen (1) sein.

Da wird die Geschichte schon konfiskationsreif. Abblenden? Nein, plötzlich geschieht etwas: Die Schlange springt Ellen mit einem raschen Schrei an. Albert sah aus seinen Träumen empor und sah erschrocken die Augen auf. Mit schreckhaft aufgerissenen Augen, die Finger gespreizt, nach Allem eingehend, vor sie ein Bild höchstens Entsetzens. "Die Schlange..." sagte sie. "Sie hat mich gebissen..."

Nun könnte man meinen, ist ein böses Unglück geschehen, und mit den Krämpfen und Erschlaffungen des Albert wird es ein rasches Ende haben, die Geschichte, die so sexuelltriefend begonnen hat, führt in eine ganz andere Richtung. Aber der Frauenfeld läßt sich die Lust nicht rauben. Also fragt er vor allem:

Und nun kommt die Komplikation, die erst den Zwischenfall zu einer Geschichte macht. Das teuflische deutsche Mädchen mag nämlich die Stelle nicht nennen, wo sie die Schlange gebissen hat. Darum erzeifert sich Albert:

Die Wunde muß sofort erweitert und ausgelugt werden... Aber Ellen, die pflichtschuldig rot geworden ist, stottert: Ich kann Sie nicht auslügen. Darauf erwacht in Albert, der am Anfang der Geschichte als besonders schüchtern und linksich gezeichnet wird, der nordische Herrenmenschen:

Und nun spielt das raffinierte Luderchen ihren großen Trumpf aus: Ellen brach in Tränen aus. O, ich schäme mich so. Es ist unmöglich! Aber der Herrenmenschen zürnt:

Ellen, ein letztes Mal fordere ich Sie auf, zu gehorchen, lenk mich ich Gewalt anwenden... (Und zieht sein Fiebermesser.) Nun aber zerfällt Ellen. Sie denkt:

Wie der jüdische Mann doch herrlich und treulos sein konnte. Und sie blühte ihn demütig lächelnd an: Ich schäme mich so... Aber, nur mein Zerbrochen, mein zünftiger Gott, dürfte so etwas tun...

Großaufnahme: Albert, der Held und Märtyrer: Dann betrachten Sie mich als Ihren zukünftigen Gatten! Jetzt endlich darf er jaugen. Dieses Kapitel aufgenordeter Salentzertum schließt:

Und dabei blieb es. Der Schlangengiß an der diskreten Körperstelle, mit der Ellen im Gele geessen hatte, wurde kunstvoll behandelt... Und dann kommen viel Punkte und ein zweiter Teil der Geschichte, der einige Jahre später spielt.

Ellen und Albert sind ein glückliches Paar, Kinder umhüpfen sie, und nun gestehen die beiden nordischen Edelmenschen, daß ein Schwindel sie zueinander gebracht hat. Wäre Albert damals schon Gaukleiter der Salentzertum gewesen, er hätte über den "jüdischen Dreh" des Frauenzimmers einen dreifachen Fluch aussprechen müssen. Denn Ellen beichtet, in Wahrheit habe sie damals gar keine Schlange gebissen. Und nun gesteht auch Albert, daß er ihr den Schwindel überhaupt nicht geglaubt hat, er hat ja gesehen, wie eine Eidechse damals unter ihrem Ärmel hervorgekriecht ist. Aber es war ihm eben nur um das Saugen zu tun.

Eine anmutige Geschichte, was? Sie machte jedem pornographischen Blättchen, über deren verderbliche Wirkungen auf die deutsche Volkseele sonst die Nazis so viel zu sagen wissen und die sie der verderbten jüdischen Lust am Schmutz zuschreiben, alle Ehre. Aber nicht ein verachteter Hebräer hat den Schmutz verfaßt, nein, der oberste Führer der Nazipartei im marxistisch verfaßten Wien. Doch, um der Wahrheit die Ehre zu geben, muß gesagt werden, daß das Geschicksel des Parteiführers in seiner eigenen Partei nicht wirkungslos geblieben ist. Es hat ihm im intimen Kreise seiner Freunde in Wiener Braunen Haus einen Spitznamen eingetragen, der die hilfreiche Tätigkeit Alberts an dem diskreten Körperteil an jenem Sommertag auf gut deutsch bezeichnet...

Faschistische Blutjustiz

Zodesurteile am laufenden Band

Das faschistische Sondergericht zum Schutze des Staates hat am Donnerstagmittag das zweite Todesurteil ausgesprochen, nachdem es um Mitternacht die Anträge des Staatsanwalts in dem ersten Prozeß vollstättigt hat. Der angeklagte Kohlengrubenarbeiter Sbardella hat in der kurzen Verhandlung seine Absicht nicht geleugnet, auf Mussolini ein Attentat zu verüben. Das Todesurteil, das nach einer Beratung von nur sieben Minuten verkündet wurde, nahm er gefaßt auf, er weigerte sich, das von seinem Verteidiger vorbereitete Gnadengesuch an Mussolini zu unterschreiben.

Judenpogrom beginnt

Aus der Kampfpraxis der Erneuerer Deutschlands In Chemnitz wurden in der Synagoge auf der Feldstraße sämtliche 24 Scheiben nach der Straßenfront, darunter zwölf dicke Kunstglas-Scheiben, eingeschlagen. Die Täter müßten sich sehr dicker Steine bedient haben, denn die Fenster sind stark und doppelt.

Wo die Täter zu suchen sind, dürfte nicht schwer zu erraten sein. Außerdem wurden am gleichen Tage an dem Gebäude der sozialdemokratischen "Chemnitzer Volksstimme" sechs Scheiben mit Faustgroßen Steinen eingeworfen.

Sorgen, die sie haben



Die neue Uniform der Hitlerischen Bürgerkriegsgarde wird von dem Berliner SA-Führer Graf Helldorf (links) vorgeführt. Die SS trägt dieselbe Uniform wie die SA, nur ist der Waffenrock schwarz statt braun. Interessant an dieser Neuerung ist nur, wer sie bezahlt.

Die Gauner streiten sich

Krach zwischen den Devaheim-Angellagten

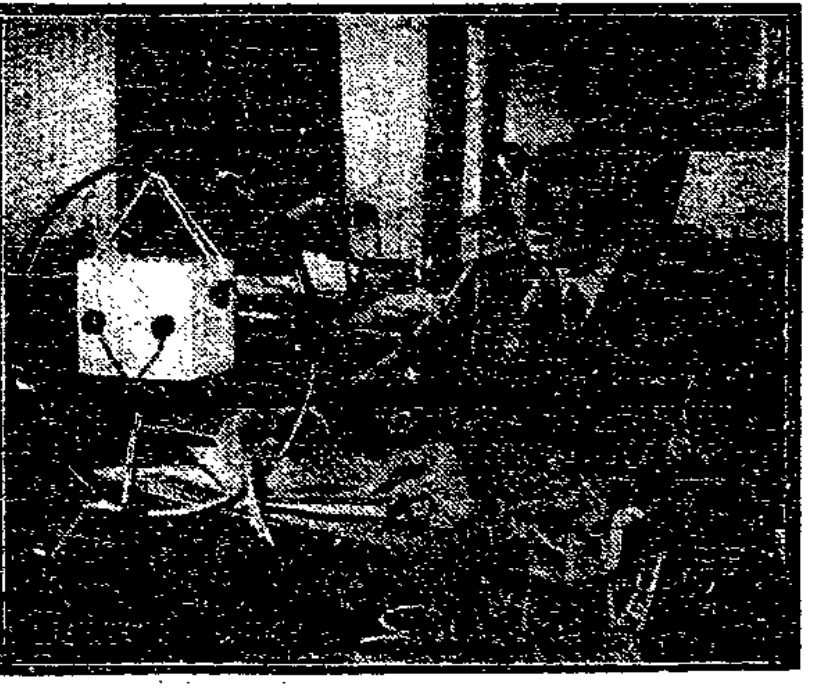
Im Skandalprozeß um den Zusammenbruch des Devaheim es am Donnerstag zu stürmischen Auseinandersetzungen der Anklagebank. Die Befundungen des Angeklagten Claussen, in der vorletzten Sitzung die schwersten Vorwürfe gegen die Devaheimer erhoben hatte, gaben der Verteidigung von Cremer & Co. Anlaß zu einem Offensivvorstoß gegen Claussen. Uebrigens scheint auch Claussen ein wenig angenehmer Zeitgenosse zu sein. Der Zeuge Liebling, seines Zeichens Geschäftsführer der Hilfskasse, behauptete, daß Claussen sehr willkürlich Geld aus Mitteln der Auslandsanleihe entnommen habe. Es arbeitete sich hierbei zum Teil um sein Gehalt, zum anderen Teil aber um sehr eigenmächtige Entnahmen, für die Claussen nach Angabe des Zeugen niemals Belege vorgelegt hat. Als der Vorwende die Frage stellt, wo Claussen seinerzeit sein Büro gehabt habe, bemerkt der Zeuge: Man muß einen Unterschieb machen zwischen dem legalen und dem illegalen Büro Claussens (!). Das legale Büro befand sich in der Dranienburger Straße, das illegale in der Nähe der Burgstraße.

Worin besteht die doppelte Ausführung von Ihnen genehmigt? Herr Cremer weiß keine richtige Antwort und stammelt ähnelnd: Von dem Büro habe er viel später erfahren. Während Claussen behauptet hat, sich Pastor Cremer und seine Hintermänner geweigert hätten, die Revision der Auslandsanleihe vorzunehmen, bezeugte Cremerum der Zeuge Liebling den Angeklagten Claussen "einzigartig". Claussen, so führte der Zeuge aus, habe trotz kühnigen Abnehmens niemals Belege für die von ihm entnommenen Gelder vorgelegt. Jeder konnte bei Devaheim mit dem Geld anderer tun und lassen, was er wollte, und die erbärmlichen Forderungen wurden immer mit dem Mantel der Nächstenliebe bedeckt.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung kam es noch zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen den Anwälten Cremers

und Claussens, wobei der Vertreter Claussens dem Verteidiger des Pastors zurief: Herr Kollege, sind Sie hier Staatsanwalt, oder als was stehen Sie da? Der Vorsitzende mußte schließlich eingreifen, um die erregten Anwälte auseinander zu bringen.

von Gahl



der Innenminister des Adelskabinetts, leitete die neue "Stunde der Regierung" mit einer kurzen, wenn auch wenig überzeugenden Einführung ein.

Ein Dorf brennt

Ein Großfeuer zerstörte Donnerstag nachmittag in der Ortschaft Pilsow (Mecklenburg) innerhalb einer Stunde zweiundzwanzig Wohn- und Wirtschaftsgebäude. Sehr viele Schweine sind verbrannt; ebenso der größte Teil des häuslichen Mobiliars und zahlreiche landwirtschaftliche Maschinen. Die Löscharbeiten werden durch Wassermangel sehr erschwert.

Treitod eines Lehrers

weil seine Schüler durchfielen

In Plocew (Kongresspolen) schoß sich der 52jährige Mittelschullehrer Elias Charak im Hausflur seiner Wohnung eine Kugel in den Mund. Den Anlaß zu diesem Verzweiflungsschritt gaben Unannehmlichkeiten im Zusammenhang mit dem Abitur, das Tage zuvor stattfand. Lehrer Charak war Erzieher der achten Klasse, zu deren Reifeprüfung ein Visitator aus Lemberg gekommen war. Den Erwartungen zum Trotz fielen acht Schüler bei dem Examen durch. Angeblich sollen die Abiturienten auf die Fragen des Prüfungskommissars, eines zugeknöpften und viel verlangenden Menschen nicht geantwortet haben. Die acht Durchgefallenen, die Jahre hindurch Schüler Charaks waren, machten ihren Erzieher teilweise für ihr Mißgeschick verantwortlich.

Die Nachricht von dem Treitod des Lehrers, der zwanzig Jahre hindurch ein aufrichtiger Jugendfreund war und sich großer Beliebtheit erfreute, rief in der ganzen Stadt große Bestürzung hervor.

Proleten

Tonfilmbühne Cabitzstr. 20-22, Hüfchenstr. 49 Beginn 8.30, 7, 8.30 Uhr

Ab Freitag, den 17. Juni Jugend verboten Lachsalmen mit RODA-RODA in Er und seine Schwester mit Anny Ondra, Vlasta Burian Auf der Bühne: 2 Wirrbelas, komisch-akrobatischer Schloßerakt Camilla Horn in Leichtsinnige Jugend mit Walter Rilla Sonntag, 19. Juni, 1/3 Uhr: Große Kinder-Vorstellung Er und seine Schwester u. das übrige Tonbildprogramm - Kinder 20 u. 30 Pf. ARBEITER-SPORT-KARTELL

Neue Abenteuer der Spikmaus und der Zitternase

Von G. Th. Hofman



37. Ja, das war aber auch eine Geschichte! Da schwammen wir mitten im Bach in einem alten Hut, der sicher bald ganz durchweicht sein und sinken würde! So tief lag er schließlich, daß nur der Rand auf dem Wasser lag... Ach, sollten wir, noch so jung, schon sterben müssen?



38. Gottseidank, nein! Es fiel anders aus. Der Wind trieb den Hut gegen eine Leichtraße — ihr wißt wohl, so eine gelbe Blume mit großen, auf dem Wasser treibenden Blättern. Schnell sprang ich auf die Blätter und zog auch Zitternase herauf. Freilich, es war die höchste Zeit, denn kaum standen wir auf dem Blatt, als der Hut vollst und unterging.

Das tolerieren die Nazis

Der Abbau der Arbeitslosenhilfe durch Papen-Schleicher

Armenpflege der Vorkriegszeit - Die Arbeitslosenversicherung zerstört

In den offiziellen Erklärungen, die der Notverordnung der Regierung Papen-Schleicher beigegeben sind, wird die finanzielle Basis der Arbeitslosenhilfe folgendermaßen skizziert: Es sei im Jahresdurchschnitt mit 5 950 000 Arbeitslosen zu rechnen, von denen nach der jetzigen Rechtslage 1 250 000 auf die Arbeitslosenversicherung, 1 800 000 auf die Krisenfürsorge, 2 150 000 auf die Wohlfahrtspflege und 750 000 auf die Nichtunterstützten entfallen sollen. Die hierzu nötigen Unterstützungsmittel würden einen Gesamtaufwand von 3,577 Milliarden Mark erfordern. Dies sei eine halbe Milliarde Mark mehr als im Vorjahr. Da dies untragbar sei, müsse der Mehrbetrag auf der Ausgabe Seite eingepartet werden.

Diese Ersparnisse sollen folgendermaßen durchgeführt werden: In der Arbeitslosenversicherung sollen die Unterstützungsleistungen um durchschnittlich 23 Prozent gesenkt und nach schwächerer Bezugsdauer die Hilfsbedürftigkeitsprüfung eingeführt werden, wodurch sich eine Ersparnis von 188 Millionen Mark ergäbe. In der Krisenfürsorge soll unbeschränkt die Hilfsbedürftigkeitsprüfung eingeführt und außerdem die Unterstützungsleistung um durchschnittlich 10 Prozent gesenkt werden, was einer Ersparnis von 117 Millionen Mark gleichkäme. Des weiteren sollen in der Krisenfürsorge die um 15 Prozent gesenkten Sätze der Wohlfahrtsunterstützung als Höchstätze eingeführt werden; Ersparnis = 67 Millionen Mark. In der Wohlfahrtspflege ist demnach eine Unterstützungsfürsorge um durchschnittlich 15 Prozent vorgesehen, durch die 148 Millionen Mark erspart werden sollen. Die Gesamtersparnis beträgt also 520 Millionen Mark. Nach der vorgelegenen Neuregelung würden sich die Arbeitslosen alsdann folgendermaßen verteilen: Auf die Arbeitslosenversicherung würden 1 170 000, auf die Krisenfürsorge 1 745 000, auf die Wohlfahrtspflege 2 150 000 und auf die Nichtunterstützten 885 000 entfallen.

Die praktischen Auswirkungen dieser Maßnahmen werden ungeheuerlich sein. Wenn die Leistungen einer Versicherung nach einer so geringfügigen Bezugszeit von sechs Wochen von dem Nachweis völliger Mittellosigkeit — und nichts anderes bedeutet die Prüfung der „Hilfsbedürftigkeit“ — abhängig gemacht werden, wenn dies weiterhin die Sähe auf ein Niveau gesenkt werden, das erheblich unter dem Niveau des bisherigen Krisenfürsorgeplans liegt und den zukünftigen Satz der Wohlfahrtspflege nicht mehr übersteigt, so ist diese Versicherung damit praktisch zerstört.

Die Arbeitslosenversicherung, die je heutzutage die wichtigsten und vielleicht wichtigste soziale Errungenschaft der Nachkriegszeit ist zerstört. Das muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden. Nach schwächerem Bezug ist der Empfänger „versicherungsmäßiger Arbeitslosenunterstützung“ nicht mehr anders gestellt, als der Wohlfahrtsarbeitslose, denn abgesehen von dem Fehlen jedes Rechtsanspruchs führt ja die Prüfung der Hilfsbedürftigkeit und das in ihr vorgezeichnete Anrechnungsverfahren praktisch zu einer völligen Nivellierung der ursprünglich nach den Lohnklassen berechneten Sätze auf die Sätze der Fürsorge, nur mit dem Unterschied, daß in den unteren Lohnklassen diese Sätze vielfach nicht einmal erreicht werden dürften.

In Wirklichkeit wird also der größte Teil des Beitragsaufkommens der Arbeitslosenversicherung, das, nach dem bisherigen 6 1/2prozentigen Beitrag errechnet, jährlich immer noch auf 1083 Millionen Mark geschätzt wird, dem Versicherungszweck entzogen und zur Deckung von Fürsorgeleistungen verwandt.

Was die durchschnittliche Kürzung der Arbeitslosenunterstützungssätze um 23 Prozent praktisch bedeutet, mögen folgende Zahlen beweisen: Bisher betrug der Durchschnittsunterstützungssatz pro Kopf und Monat in der Arbeitslosenversicherung 33 Mark, wovon 1,24 Mark Sozialbeiträge abgingen, so daß ein Nettosatz von 31,76 Mark pro Kopf und Monat übrigblieb. Bei einer 23prozentigen Senkung wird dieser Nettosatz noch 24,34 Mark betragen.

Die Krisenfürsorge

deren Satz für die Arbeitslosenversicherung übernommen werden, wird durchschnittlich um 10 Prozent gesenkt. Praktisch wird die Senkung der Sätze viel weitgehender sein, weil durch die Einführung des Begriffs der „Hilfsbedürftigkeit“ (im Sinne der kommenden Fürsorge) an Stelle der bisherigen milderen Bedürftigkeitsprüfung die Sätze weiter nivelliert werden und ja außerdem die gleichfalls um 15 Prozent gesenkten Wohlfahrtsätze als Höchstätze vorgegeben sind, wird die tatsächliche Krise, und damit auch die Arbeitslosenunterstützung in zahlreichen Fällen erheblich unter diesem Satz liegen. Ausgangspunkt der Unterstützungsätze für alle drei Einrichtungen ist also schließlich die Wohlfahrtsunterstützung, die, wie schon bemerkt, gleichfalls um 15 Prozent gekürzt wird.

Damit ist die Unterstützung der Arbeitslosen auf einem Niveau angeklungen, das tiefer liegt als jemals seit der Demobilisierung. Den 6 Millionen Arbeitslosen, mit denen die Regierung rechnen wird, soweit sie überhaupt unterstützt werden, allenfalls der Armenpflege der Vorkriegszeit stellt. In welchem Geist diese Armenpflege durchgeführt werden soll, beweist sowohl die Bekämpfung der Notverordnung, die die Prüfung der Hilfsbedürftigkeit den Gemeinden überträgt. Es wird nämlich dort vorgeschrieben, daß, soweit die Hilfsbedürftigkeit durch die Gemeinden verneint wird, der Vorsitzende des Arbeitsamtes an die Beurteilung gebunden bleibt, daß er aber nicht an sie gebunden ist, soweit die Hilfsbedürftigkeit

bejaht wird. Es kann demnach das Arbeitsamt die Unterstützung auch dann verweigern, wenn selbst die Gemeinde nach ihrer wahrhaftig bis in letzte gehenden Prüfung die Bedürftigkeit anerkannt hat.

Mit diesem ungeheuren Leistungsabbau nicht genug. Die durch ihn erzielten Ersparnisse von 520 Millionen Mark — sie werden unserer Schätzung nach wahrscheinlich noch höher sein — vermindert den geschätzten Gesamtaufwand auf 3030 Millionen Mark. Da aber die Gemeinden entlastet werden sollen und ihr Anteil an den Gesamtkosten auf 680 Millionen Mark beschränkt werden soll, da das Reich seinerseits über den Reichszuschuß von 887 Millionen Mark nicht hinausgehen will und die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung insgesamt 1083 Millionen Mark einbringen, besteht nur eine Deckung für insgesamt 2630 Millionen Mark. Die nunmehr noch fehlenden 400 Millionen Mark sollen daher durch Einnahmeerhöhungen beschafft werden. Was ist natürlicher, als daß auch diese neuen Lasten einseitig auf die Arbeitnehmer gelegt werden! Die unter der Regierung Brüning bereits in milderer Form geplante Beschäftigungssteuer wird

unter dem Namen „Abgabe zur Arbeitslosenhilfe“ in schonungsloser Form eingeführt. Der Abgabe unterliegen alle Lohn- und Gehaltsempfänger sowie Empfänger von Ruhegeld oder ähnlichen Bezügen einschließlich der Beamten. Die Abgabe beträgt bei einem Monatsgehalt bis zu 125 Mark 1 Prozent, bis zu 300 Mark 2,5 Prozent, bis zu 700 Mark monatlich für die ersten 300 Mark 2,5 Prozent, für den darüber hinausgehenden Betrag 5,75 Prozent, bis zu 3000 Mark monatlich 5,75 Prozent vom Gesamteinkommen, und über 3000 Mark 6,5 Prozent vom Gesamteinkommen. Soweit diese Abgabe die arbeitlosenversicherungsrechtlichen Arbeitnehmer trifft — und sie trifft ja überwiegend gerade diese — handelt es sich praktisch dabei um nichts anderes, als um eine Beitragserhöhung zur Arbeitslosenversicherung, allerdings eine Beitragserhöhung, an der der Arbeitgeber nicht beteiligt wird. Die Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reichs, der Länder, Gemeinden und sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften deren Gehalt oder Lohn auf Grund der früheren Notverordnung zu kürzen war, beträgt die Abgabe nur 1,5 Prozent. Die Kriegslohnsteuer geht in der Abgabe zur Arbeitslosenhilfe auf. Durch diese denkbar unsoziale Steuer sollen die fehlenden 400 Millionen Mark in den noch verbleibenden 9 Monaten des Rechnungsjahres 1932 herbeigeholt werden.

Diese Darstellung gibt nur einen Teilausschnitt aus den zahlreichen rücksichtslosen Maßnahmen, mit denen die Notverordnung in das Schicksal der mittellosesten Bevölkerungsschichten eingreift. Kein ernsthafter Versuch der Arbeitsbeschaffung mildert den niederstimmernden Eindruck, den diese Gewalttät auf die Arbeitslosen machen muß. Nur die für den freiwilligen Arbeitsdienst eingesetzten 20 Millionen Mark lassen erkennen, welche Art von Arbeitsbeschaffung der Regierung besonders am Herzen zu liegen scheint.

Ausflug des Invaliden-Verbandstages

Geschlossen zu neuem Kampf mit der Eisernen Front

Einmütige Wiederwahl des Vorstandes Ausruf an die Arbeitsoffer — 31. Juli muß ein Tag des Volksgerechts gegen Hitler-Papen-Schleicher werden

Gestern fand der 5. Verbandstag des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands seinen Abschluß. Nochmals spiegelte sich die Einmütigkeit in der debattierten Erledigung der Anträge und der einstimmigen Wiederwahl des Vorstandes wieder. Das Schlusswort des Verbandsvorsitzenden, das in einer Solidaritätsbekundung zur Eisernen Front ausklang, bildete den erhebenden Abschluß, der dem würdigen Verlauf der Kampftagung gegen das soziale Unrecht entsprach. „Freiheit“ wird in den nächsten Wochen auch die Losung der Alten und der Arbeitsoffer sein, an deren Existenzgrundlage die reaktionären Antreiber zuerst rüttelten, um damit die Bahn frei zu machen zu neuem Lohnabbau und zu weiteren Rentenkürzungen. Gerade in diesen Notverordnungstagen war der Verbandstag der organisierten Arbeitsoffer ein Kampfsignal gegen die Ziele der Reaktion.

gewählt, wie der Verbandsauschuß, der sich aus der Kollege Hoffahrt-Kassel und den Kollegen Noth-Ghemnich, Hoffmann-Regensburg, Kösterich-Burg und Dreher-Regensburg zusammensetzt.

Nach einer kurzen Ansprache des Leiters der österreichischen Bruderorganisation, Kollegen Wagner-Wien und einem Dankwort des schlesischen Gauleiters, Kollegen Vater-Breslau hielt Genosse August Karben

die Schlussansprache in der er den kameradschaftlichen Geist hervorhob, unter dem die Beratungen des Verbandstages der Organisation der Arbeitsoffer gestanden haben. Die gradlinige Verbandspolitik werde weiter verfolgt werden und Ehrensache aller Führer und Funktionäre der Organisation muß es auch für die Zukunft sein, den vielen Feinden des Zentralverbandes Paroli zu bieten.

Nachdem die Beratungen abgeschlossen sind, muß nun jede Stunde und jede Minute zum Kampf für die Interessen der Arbeitsoffer ausgenutzt werden.

Kollege Karben verlas sodann einen vom Verbandsvorstand beschlossenen Ausruf an die Arbeitsinvaliden, der am Ende des Berichtes wiedergegeben wird. Er betonte, daß ein Verbleiben des Herrn von Papen auf dem Posten des Reichskanzlers gleichbedeutend mit neuer Not und neuen Rentenkürzungen an den Wahlen sein würde.

„Alles Jammern, den die Not in den Reihen der Alten erseuffelt, muß sich daher in fanatischen Kampf gegen die Reaktion ummühen, damit der 31. Juli klar erkennen läßt, daß das deutsche Volk aufstieg der Demokratie und damit der sozialen Gerechtigkeit will und eine Schleicher-Diktatur ablehnt. In diesem Zusammenhang ist es dem Verbandstage ein Bedürfnis, der Eisernen Front die Verbundenheit der Arbeitsoffer zu betonen, und gerade sie mit aller Macht dafür kämpfen, daß in Deutschland das soziale Recht auch weiterhin Recht bleiben soll.“

Der Verbandstag bringt dieses Bekenntnis und die Verbundenheit dadurch zum Ausdruck, daß er seine Beratungen schließt mit der Losung:

Der Eisernen Front — Freiheit!
Begeistert stimmten alle Delegierten in den Kampfzug ein zu dem sich die erhobenen Fäuste ballten. Ein nicht endender Beifallssturm dankte dem Führer für seine begeisterte Losung, mit der er den Verbandstag schloß.

Die Beratungen am letzten Verhandlungstage wurden mit der Erledigung der

organisatorischen Anträge

eingeleitet. Kollege Berlin-München trug dem Verbandstage die Empfehlungen der Statutenberatungskommission vor und der Verbandstag verabschiedete alle Anträge entsprechend dieser Empfehlung.

Bei der folgenden Wahl des Vorstandes kam nochmals die Einmütigkeit des Verbandstages sinnfällig zum Ausdruck. Unter lebhaftem Beifall aller Delegierten konnte der Verhandlungsvorsitzende feststellen, daß der Verbandsvorstand einstimmig den Kollegen August Karben als 1. Vorsitzenden, den Kollegen Kurt Köhler als 2. Vorsitzenden und den Kollegen Max Matthes als Kassierer wiedergewählt hat.

Ohne Debatte wählte der Verbandstag ebenso einstimmig die Kollegen Berlin-München, Schneider-Maglan, Hoffmann-Regensburg, Kösterich-Burg und Thoms-Buer erneut in den erweiterten Vorstandsvorstand.

Auch der Obmann des Verbandsauschusses, Kollege Verbeke-Oberhausen wurde einstimmig wieder-

An alle Arbeitsinvaliden

Die Adelsregierung des Herrn von Papen hat dem Reichspräsidenten eine Notverordnung abgenötigt, die den Arbeitsinvaliden, Witwen und Waisen bitterstes Unheil bringt. Die Renten aus der Invalidenversicherung werden um 20 bis 30 Prozent gekürzt, in gleicher Höhe wird den Angestellten- und Knappschaftsrentnern das Einkommen geschmälert. Die Unfallverletzten müssen 7 1/2 bis 15 Prozent der Rente einbüßen. Der bisher selbstverständliche Rechtsmittelweg ist den Opfern dieser Notverordnung gesperrt. Durch gleichzeitige Aufhebung des Verbots nationalsozialistischer Verbände muß der Ansehensverlust erweitert werden, als ob dadurch die hungernden Arbeitsinvaliden in Schach gehalten werden sollen. Die Tat der neuen Regierung, die von der Reaktion, insbesondere von den Nationalsozialisten gezeugt wird, fordert unsern schärfsten Widerspruch heraus.

Herr von Papen und seine Minister-Barone haben sich mit der Notverordnung demaskiert als eine Regierung der Feinde der Invaliden. Die Notverordnung steht im Widerspruch zu allen christlichen und nationalen Empfinden. Der Verbandstag ruft alle Sozialrentner und Unterstützungsempfänger zum Kampf gegen die Regierung der reaktionären Konzentration auf. Der 31. Juli muß ein Tag des Volksgerechts werden gegen die Parteien, die hinter dieser Regierung stehen. Da gleichzeitig die Opfer des Krieges und die Arbeitslosen durch die Notverordnung schwer bedrückt werden, ist unser Kampf im Kampf der gesamten Arbeiterklasse.

Einig im Kampfe um unser Lebensrecht fordern wir alle Arbeitsinvaliden, Witwen und Unterstützungsempfänger auf, unserer Organisation — dem Zentralverband der Arbeitsinvaliden — beizutreten, damit das Recht siegt, damit die Reaktion zu Boden gemorfen wird.